

Mediencommuniqué vom 21. September 2011

«Bezahlbares und sicheres Wohnen für alle» gehört in die Verfassung:

## **Wohn-Verfassungsinitiative in Rekordzeit eingereicht**

**Heute hat der Basler Mieterverband seine Verfassungsinitiative eingereicht. Zum Sammeln genügte ihm - trotz Sommerferien und obwohl er kein einziges Mal dafür auf die Strasse ging - rekordverdächtige 3½ Monate.**

«Bezahlbares und sicheres Wohnen für alle»: Nach Auffassung des Basler Mieterinnen- und Mieterverbands (MV Basel) gehört dieser soziale Grundsatz endlich in die Basler Kantonsverfassung. Und damit dies nicht toter Buchstabe bleibt, sollen dort zusätzlich einzelne Wohnraumförderungs-Ziele festgeschrieben werden. So soll der Kanton für mehr genossenschaftliche und soziale Wohnungen sorgen, den Abbruch von Altbauten nicht den Investoren überlassen, energieeffiziente Neubauten bezahlbar konzipieren, er soll Zonen für bezahlbares Wohnen schaffen und generell hierfür auch – wie früher - Objekthilfe einsetzen.

### Rekord-Sammelergebnis

Bereits hat der MV Basel mit seiner moderaten Verfassungsinitiative, welche die obigen Forderungen umfasst, einen ersten Erfolg erzielt. Denn bloss vier Monate nachdem sie im Kantonsblatt publiziert wurde, sind die notwendigen 3'000 Unterschriften zusammen. Effektiv brauchte es für das Zustandekommen sogar bloss 3½ Monate. Die 3'055 gültigen Unterschriften hat der MV heute im Basler Rathaus der Staatskanzlei übergeben.

### Der Mittelstand wartet auf bessere staatliche Rahmenbedingungen

Im Sammelergebnis spiegelt sich, dass breite Kreise auf dem ungerechter werdenden Wohnungsmarkt zu kämpfen haben. Neben den wirtschaftlich schlechter gestellten Mietparteien betrifft dies immer stärker auch Teile des Mittelstands. Letztere haben denn auch tatkräftig zum guten Sammelergebnis beigetragen, wie das persönliche Echo und auch die ziemlich gleichmässige Verteilung der Unterschriften über sämtliche Quartiere sowie Riehen belegen.

### Verfassungsinitiative als Alternative zur investorenfreundlichen Regierung

Der MV Basel hätte die gesetzliche Sammelfrist von 18 Monaten ausschöpfen und eine Rekordzahl an Unterschriften vorlegen können. Ihm liegt aber mit der Rekordfrist bis zur Einreichung sehr daran, die Debatte um die Stärkung des Sozialen Basel *jetzt endlich* anzugehen. Denn bisher prallten die steten Bemühungen des MV um eine bessere Wohnraumförderung bei der Regierung ab, ja sie führten letztlich gar zum nicht wirklich hilfreichen, vielmehr sozial abträglichen regierungsrätlichen Investorenförderungskonzept (derzeit in Vernehmlassung).

Obwohl sich die Regierung gleichsam zur «Partei» gemacht hat, erwartet der Basler Mieterinnen- und Mieterverband, dass die erfolgreich gesammelte MV-Wohn-Verfassungsinitiative nunmehr unverzögert behandelt wird.

\*\*\*